**Medienmitteilung des Schweizer Vogelschutzes SVS/BirdLife Schweiz vom 16.2.2016**

**Unnötige Paragraphenflut gegen den Höckerschwan**

**BirdLife Schweiz protestiert vehement gegen das Ja der nationalrätlichen Umweltkommission zur Regulierung der Höckerschwanbestände. Der Naturschutzverband betont, dass es nicht sein kann, dass wegen ein paar verkoteten Wiesen in Nid- und Obwalden der beliebte, geschützte Vogel massiv bekämpft werden soll.**

Bereits mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen ist es möglich, die Schwanenbestände zu regulieren, wenn sie wirklich einmal grosse Schäden anrichten würden. Das beweist auch die Tatsache, dass moderate Eingriffe gegen die Höckerschwäne in Nid- und Obwalden bereits bewilligt sind und diesen Frühling starten.

BirdLife Schweiz versteht nicht, weshalb sich nun Kommissionen und Parlament in stundenlanger Arbeit mit den Höckerschwänen beschäftigen und die Gesetzes- und Verordnungsmaschinerie anlaufen lassen, um ein lokales Problem zu lösen. Dieses entstand primär dadurch, dass die Höckerschwäne übermässig gefüttert wurden. In anderen Kantonen ist das Problem dadurch gelöst worden, dass man diese Fütterung eingeschränkt hat.

In einer Zeit, in der nach weniger Gesetzen verlangt wird, für das weltbewegende Thema von ein paar verkoteten Wiesen in der Innerschweiz neue Paragraphen in Verordnungen und Gesetzen zu beschliessen, ist unverständlich. Die Schweiz und besonders das Parlament hätten bezüglich der Natur Wichtigeres zu tun, zum Beispiel den Moorschutz, der trotz 58 Prozent Ja-Stimmen in der Volksinitiative noch immer nicht richtig umgesetzt ist. Bereits 2007 stellte der Bund fest, dass über ein Viertel der Moore trockener geworden ist, in einem Viertel der Moore die Nährstoffversorgung zugenommen hat und fast ein Drittel der Objekte von der Verbuschung und Einwaldung betroffen ist. Geschehen ist seither weder im Bundesrat noch im Parlament etwas, es wurden nicht einmal die nötigen zusätzlichen Mittel zur Umsetzung des Volkswillens gesprochen.

BirdLife Schweiz verlangt, dass sich der Bund endlich den wichtigen Prioritäten für die Natur unseres Landes widmet und nicht auf Nebengleisen unnötige neue Gesetze schafft.

**Hinweise für die Redaktion:**

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Werner Müller, 079 448 80 36